Tschechien – ein unentschlossener und säumiger Verbündeter

■ TOMÁŠ SEDLÁČEK

Unsere säumige Haltung dem Westen gegenüber ist sowohl uns als auch der Welt bereits längere Zeit bekannt. Einst, als sie sich vor Jahren bemerkbar machte, konnte sie für einen liebenswürdigen Bubenstreich gehalten werden, eine Art Stichelei oder Neckerei, die mehr oder minder unschädlich ist.

Das Land trat der EU mit Begeisterung bei (und mit großer Unterstützung seitens der Öffentlichkeit), nach einigen Jahren begann es dann zu nörgeln, zurück zu weichen und jetzt gebärden wir uns fast so, als ob wir weder zur EU noch zur NATO gehören oder gehören wollten. Unsere höchsten Repräsentanten haben eine billige Strategie gewählt – sie rechnen sich Verdienste für gute Dinge an und die unpopulären wälzen sie auf die EU ab.

Wenn beispielsweise der Präsident über Europa oder andere Teile der Welt spricht, geht es nie ohne Spott, Schwarzmalerei oder direkte Beleidigungen ab. Als ob wir Tschechen die Weisheit für uns gepachtet hätten und alle anderen nur Dummköpfe wären. Was ein wenig an die Situation eines Menschen erinnert, der auf der Autobahn in die falsche Richtung fährt und als ihm seine Frau zuruft, er solle aufpassen, im Radio sei vor einem Verrückten gewarnt worden, der in Gegenrichtung fährt, darauf antwortet: „Wieso einer? Hier sind doch alle verrückt geworden!“

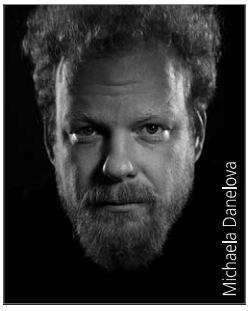
Aber Spass beiseite, unser Benehmen wird schon lange nicht als berechtigte Kritik oder vielleicht nur als Bubenstreich aufgefasst. Nach dem Flugzeugangriff der Vereinigten Staaten in Syrien kam der Tag, wo uns unsere Verbündeten gefragt haben: „Also, auf wessen Seite steht Ihr?“ Und wir waren fast nicht imstande zu antworten.

Einer der Hauptimperative der Entwicklung nach dem November 1989 war: Weg aus dem Niemandsland! Alle diplomatischen, politischen sowie wirtschaftlichen Bestrebungen waren auf dieses Ziel gerichtet. Und es ist tatsächlich gelungen, wir waren das erste Land in der OECD, wir nahmen an den ersten Wellen der Erweiterung der NATO und der EU teil und wir waren stolz darauf. Wir wollten weg vom Osten und zum Westen gehören, denn man kann auch ohne Hochschulbildung erahnen, was wohl mit einem Staat passieren kann, der allzu lange im Niemandsland verbleibt. Es genügt, sich die Ukraine oder Weißrussland anzusehen.

Sollte es – Gott behüte – wegen Syrien zum Krieg kommen, ist es nicht mehr klar, auf wessen Seite wir geraten würden. Rechnen Sie nach, mit wie vielen europäischen oder amerikanischen Standpunkten die Präsidenten Klaus oder Zeman wann einverstanden waren oder wann sie zuletzt irgendeinen europäischen Gedanken gelobt haben oder sich an der Suche nach einer Lösung beteiligt haben.

Leider werden Sie nicht viel finden, fast alle Stellungnahmen sind spöttisch negativ. Und umgekehrt: versuchen Sie sich an eine Situation zu erinnern, wo Klaus oder Zeman in irgendeiner wichtigen Frage vom Standpunkt des Kremls abgewichen wären. Die einst unversöhnlichen Gegner überbieten sich jetzt in Lob und Bewunderung Putins und des kommunistischen Chinas, die EU hingegen beschimpfen sie.

Die Situation ist umso bemerkenswerter, als beide Politiker einst realistisch, prowestlich, proamerikanisch, proeuropäisch und für die Marktwirtschaft waren. Keiner von beiden versprach in seiner Präsidentschaftskampagne, Putin nachzuplappern und Europa zu torpedieren. Und trotzdem ist es geschehen. Als ob ihre schwankende Meinung (obwohl sie beide betonen, wie



Tomáš Sedláček ist Chefvolkswirt der Tschechoslowakischen Handelsbank, Mitglied des tschechischen Nationalen Wirtschaftsrats und lehrt an der Karls-Universität Prag Wirtschaftsgeschichte und -philosophie.

unbeugsam sie sind) mit der Lethargie einhergehen würde, die die Gesellschaft nach und nach erfasst hat. Heute sind Polen und Ungarn in einer ähnlichen Situation, aber täuschen wir uns nicht, wir waren die Ersten.

Unser Lavieren bedeutet, dass wir uns langsam, aber sicher zurück ins Niemandsland bewegen. Es hat jetzt keinen Sinn, hier zu analysieren ob dafür die russische Propaganda, die Bemühungen der Präsidenten Zeman und Klaus, die Ermüdung durch Europa, die Lockrufe russischer und chinesischer Investoren, denen wir aufgesessen sind, die wirtschaftlichen oder andere Krisen, die uns unvorbereitet erwischt haben, die Absenz allgemeiner Werte, oder die zu lange andauernde Postmoderne verantwortlich sind. Wichtig ist, dass alle diese abstrakten Bereiche sich innerhalb einiger Tage bitter konkretisieren können. Wenn uns nämlich die Welt wieder fragen wird: auf wessen Seite steht Ihr also? Steht Ihr zu Russland (und somit zu Assad) oder zur NATO? Eine lachhaft einfache Frage, und doch haben wir uns in eine Situation hinein manövriert, wo man – ein Viertel-

■ Versuchen Sie sich an eine Situation zu erinnern, wo Klaus oder Zeman in irgendeiner wichtigen Frage vom Standpunkt des Kremls abgewichen wären.

jahrhundert nach der Revolution! – keine eindeutige oder zumindest eine zögernde Antwort befürchten muss. Der Präsident wird wahrscheinlich etwas Anderes behaupten als die Regierung, die Politiker werden nur verhandeln. Und selbst wenn am Ende unsere Antwort wohl lauten würde, dass wir auf der Seite der NATO stehen, würden wir weiterhin für einen unverlässlichen, zaudernden Verbündeten gehalten, der nicht ganz genau weiß, wohin er gehört. Und dabei haben sich einst Europa und Amerika von uns, dem Land Václav Havels, so viele Ideen erwartet, die unseren gebeutelten Erdteil inspirieren könnten. Dafür, was wir stattdessen geliefert haben, finde ich keine Worte (außer sehr unanständige). ■

Verfasst für „Hospodářské noviny".
Aus dem Tschechischen von Jana Starek

Dass sich die Ungarn so ausschließlich über ihre Sprache definieren, hat aber auch gravierende Nachteile. Das aus den nationalen Bewegungen des 19. Jahrhunderts stammende Konzept der Sprachnation schließt tendenziell andere Volksgruppen aus und macht es vor allem unmöglich sich damit abzufinden, dass ungarische Muttersprachler auch Bürger eines anderen Staates sein können – das wäre nur mit dem post-nationalstaatlichen Konzept einer Staatsbürgerschaftsnation möglich; es würde bedeuten: Ungar ist, wer einen ungarischen Pass hat. Doch diese Sicht ist in Ungarn fremd. In den letzten Jahren treibt die Identifikation mit der Sprache zunehmend exotische Blüten: Man bestreitet die Zugehörigkeit zur finnisch-ugrischen Sprachfamilie; und das nicht nur in Obskurantenkreisen, sondern mit seriösem Anstrich in Büchern und Broschüren, Vorträgen und Zeitungsartikeln. Oder rockig in einem Text der Gruppe *Hungarica*. Und wenn es ganz paranoid zugeht, sagt man: Die finnisch-ugrische Theorie sei von den Habsburgern in Auftrag gegeben worden, um das Nationalbewusstsein der Ungarn zu schwächen. Tatsächlich waren die Begründer der finnisch-ugrischen Sprachwissenschaft keine Ungarn – daher können sie von Ungarisch auch nichts verstehen, folgert man daraus messerscharf. Das Ganze ist grotesk, denn die Lautgesetze, aufgrund derer die Linguisten die Verwandtschaft von Sprachen nachweisen können, stehen in ihrer Beweisbarkeit naturwissenschaftlichen Axiomen in nichts nach. Aber die Finnen sind vielen Ungarn nun einmal als Verwandte zu minder, man sehnt sich nach Höherem. Sogar der aus dem 19. Jahrhundert stammende Turanismus lebt wieder auf – jene obskure Bewegung in rechtsradikalem Umfeld, die die gemeinsame Heimat von Türken, Ungarn, Mongolen und einigen anderen Völkern in einem fiktiven Land Turan in Zentralasien lokalisiert. Im Sommer 2012 hat die Orbán-Regierung ein großes Festival in der Puszta gefördert, auf dem dieser Turanismus zelebriert wurde.